

## Düstere Finanzperspektiven für die AHV

*Ruth Dreifuss orientiert Von-Wattenwyl-Runde*

Die negativen Auswirkungen des versicherungstechnisch ungünstigen Altersaufbaus auf die AHV-Finanzien machen sich rascher bemerkbar, als dies das Departement des Innern in Aussicht gestellt hat. Das grosse Sozialwerk, erfuhren die Teilnehmer der Von-Wattenwyl-Gespräche, finanziert sich ab sofort nicht mehr aus den Einnahmen, und die Einforderung des zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozents drängt.

*Its. Bern, 1. September*

Im Rahmen der Von-Wattenwyl-Gespräche sind die Regierungsparteien auch über die Finanzperspektiven der AHV informiert worden. Was Bundesrätin Ruth Dreifuss der Runde präsentierte, enthielt einigen Sprengstoff. Im Mai 1994, in ihrem berühmten «Offenen Brief an alle Frauen und Männer, die besorgt sind um die Zukunft der AHV und die Kosten der 10. AHV-Revision», hatte die Vorsteherin des EDI noch Beruhigungspillen verteilt. «Unsere AHV steht auf einem soliden Fundament», versicherte die Bundesrätin damals. «Die Renten werden regelmässig der Teuerung und der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst werden; ihre Finanzierung ist gesichert.»

### Revidierte Prognosen

Die AHV sei nicht in Gefahr, lasen die besorgten Männer und Frauen. «Bis ins Jahr 2000», fuhr die Briefschreiberin weiter, «werden die Einnahmen die Ausgaben der AHV übersteigen, und der AHV-Fonds wird damit weiter geöffnet, selbst wenn die Bundessubventionen im Rahmen der Sanierungsmassnahmen gekürzt werden sollten. Erst nach dem Jahr 2000 werden wir Mittel aus den bedeutenden Reserven des AHV-Fonds einsetzen müssen.» Diese Prognosen mussten im EDI gehörig revidiert werden. Die Sozialministerin informierte die Regierungsparteien, dass voraussichtlich bereits 1995 sich die Einnahmen von 24,6 Milliarden Franken und die geschätzten Ausgaben von 24,5 Milliarden Franken nur noch knapp die Waage halten werden. Bis zur Jahrtausendwende rechnet das EDI zwar noch mit schwach positiven Betriebsergebnissen, aber nur dank dem Zuschuss der Zinserträge auf dem Reservefonds. Dieser wird also, diese Interpretation drängt sich auf, in Abweichung der Aussage im offenen Brief nicht mehr weiter geöffnet, und auch die Zinserträge können ihm nicht mehr wie bis anhin gutgeschrieben werden.

Die AHV finanziert sich also ab sofort nicht mehr aus ihren Einnahmen durch Prämien und

Bundessubventionen. Nach Darstellung von Ruth Dreifuss bedeutet die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Prämienzahlern und Leistungsbezüglern, dass sich bereits zwischen 2000 und 2005 die Schere zwischen Bezügen und Ausgaben stark öffnet. Die AHV-Betriebsdefizite bewegten sich dann bloss noch in einer akzeptablen Grössenordnung, falls die Einnahmen aus dem grundsätzlich bewilligten, zweckgebundenen Mehrwertsteuer-Prozent mobilisiert werden. Noch so reduziere sich der Reservefonds aber auf bloss noch die Hälfte der jährlichen Ausgaben. Zwischen 2006 und 2010 verschlechtere sich der Altersaufbau noch einmal markant. Um die AHV dannzumal nur schon im finanziellen Gleichgewicht zu halten, müssten streng versicherungsmathematisch abgesehen von der MWSt-Erhöhung auch die Lohnprozente von 8,4 Prozent auf 9,6 Prozent erhöht werden.

### 11. AHV-Revision

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen kündigte Ruth Dreifuss an, die Ausführungsgesetzgebung zur Realisierung des in der Verfassung vorgesehenen zweckgebundenen Mehrwertsteuer-Prozentes müsse rasch an die Hand genommen werden, damit diese zusätzliche Finanzierungsquelle der AHV spätestens ab dem Jahr 2000 neue Mittel zuführen könne. Diese Gelder im geschätzten Umfang von 1,7 Milliarden Franken sichern aber die längerfristige Finanzierung nicht, rechnet man im EDI doch schon 2010 mit einem Defizit von gegen 4 Milliarden Franken. Ein neues Finanzierungsmodell müsse deshalb gefunden werden, und diese Aufgabe stehe im Zentrum der 11. AHV-Revision, die Ruth Dreifuss ungefähr im Jahr 2005 in Kraft gesetzt sehen möchte. Wie sie den Regierungsparteien darlegte, lasse sich dieses neue Finanzierungsmodell gegenwärtig noch nicht genauer beschreiben. Immerhin wies sie darauf hin, dass zurzeit die Beiträge gemessen an den Leistungen zu niedrig angesetzt seien, was längerfristig korrigiert werden müsse.